

Zeitungsbericht

TISA- was ist das?

Unter dem Titel „Stopp TISA“ lud die SP See-Gaster letzte Woche ins Restaurant Kreuz nach Jona. Die Ausführungen von Andreas Zumach, UNO- Sonderkorrespondent in Genf und Nationalrätin Claudia Friedl aus St. Gallen machten betroffen und fassungslos.



Peter Hüppi, Claudia Friedl, Andreas Zumach

Hinter verschlossenen Türen in Genf verhandelt eine Gruppe von 50 Staaten ein neues „Handelsabkommen“, darunter die USA, Japan, die EU und auch die Schweiz. Die Verhandlungsführer haben vor allem die Interessen der grossen Konzerne im Sinn. Alle Dienstleistungen, insbesondere die Leistungen des Service public, sollen dem globalen Markt ausgeliefert werden. Ausländische Firmen sollen gleich behandelt werden wie inländische Anbieter oder die öffentliche Hand. Ein Rückgängigmachen von Privatisierungen wird verboten.

Die Länder haben zwar die Möglichkeit, gewisse Dienstleistungen auf einer sogenannten „Negativliste“ festzuhalten. Diese Liste ist abschliessend, alles was nicht darauf steht, ist automatisch frei für Liberalisierungen. Die Liste kann überarbeitet werden, aber einmal vollzogene Öffnung einer Dienstleistung können nicht mehr rückgängig gemacht - korrigiert werden! Die Liste kann also nur noch kürzer, nicht mehr länger werden.



Diskussionen noch lange nach Ende der Veranstaltung

Dass solche Verhandlungen an Parlament und dem Volk vorbei stattfinden, macht Angst. Der Versuch, sämtliche Dienstleistungen zu liberalisieren und dem öffentlichen, internationalen Markt auszuliefern, bringt heute gültige Schutzklauseln unter Druck. Der Bundesrat betont zwar, dass er die Bereiche des Service public, wie ÖV, Energie, Trinkwasser, Bildung, Altersbetreuung, Spitäler, Post, Strassennetz, usw. auf die Negativliste hat setzen lassen. Was aber in den Verhandlungen daraus wird, ist völlig offen. Für die Schweiz könnte das bedeuten, dass zum Beispiel das Spital Uznach durch eine amerikanische Firma geleitet werden könnte, oder der Energiekonzern Axpo von Japan aus organisiert würde. Inländervorrang gibt es nicht mehr! Es sind keine Quersubventionen mehr möglich. Somit müsste die Post in den Berggebieten kostendeckend ausgeliefert werden. Regulierungen bei Finanzdienstleistungen wären nicht mehr möglich, wenn diese nicht explizit verhandelt worden sind. Denn alles was nicht verhandelt wurde, kann nicht mehr von der Liberalisierung ausgenommen werden, also auch alle Dienstleistungen, welche heute noch gar nicht existieren.

Die Schweiz, als wichtiger Dienstleistungserbringer weltweit, würde mit diesem Abkommen fremdbestimmt werden! Konzerne könnten auf Grund dieses TISA-Abkommens einzelne Länder einklagen. Weder der Bundesrat noch das Seco weiss jedoch, welches Gericht dafür zuständig wäre!

Es stellt sich die berechnigte Frage, woher der Bundesrat das Mandat für solche Verhandlungen zum TISA-Abkommen erhalten hat? Warum werden die Verhandlungen geheim geführt? Wo bleiben die Informationen über die Inhalte dieser Verhandlungen?

SP und Gewerkschaften machen sich grosse Sorgen und verlangen Informationen zum Inhalt des TISA-Abkommens. Es ist von grosser Bedeutung, dass sich Parlament und Volk zu diesem Thema äussern können und müssen.

Peter Hüppi, Nationalratskandidat der SP